

Pakistan: Das Schweigen aus Angst ist gebrochen

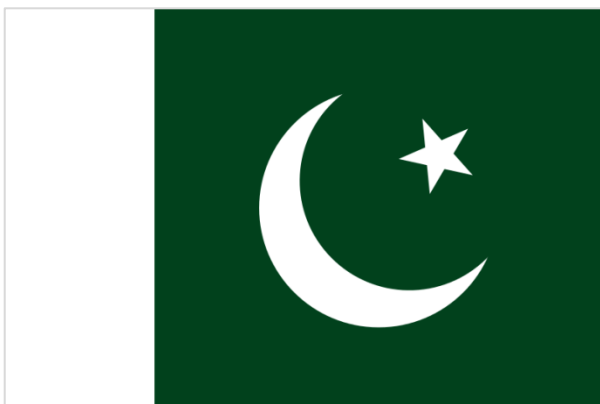
Islamabad, 05.11.2012

Bericht aus aktuellem Anlass
N° 38/2012

Olaf Kellerhoff

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Terror und islamischer Extremismus, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und eine politische Führung, die gesellschaftliche Probleme aussitzt statt sie anzugehen - Pakistanis haben sich an Vieles gewöhnt. "Doch jüngst wurde das Maß des Erträglichen mehrfach überschritten. Die schweigende Mehrheit erhebt ihre Stimme", berichtet Olaf Kellerhoff, der Projektleiter Pakistan der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Der Mordversuch der Taliban an einer 14-Jährigen, die Instrumentalisierung der Wut über den Muhammad-Film aus den USA sowie die fingierte Blasphemie-Anklage gegen ein minderjähriges Mädchen mit Down-Syndrom nahmen Teile der Zivilgesellschaft nicht mehr hin. Das Aufstehen der sonst schweigenden Mehrheit zeigte Wirkung: Die Taliban gerieten in Bedrängnis und sahen sich zu ihrer bislang ausführlichsten Rechtfertigung genötigt. Vor allem junge Menschen beginnen, sich zu engagieren.



In Pakistan gab es innerhalb von drei Monaten drei Fälle, bei denen Menschen innerhalb der sonst schweigenden Mehrheit ihr Missfallen

zum Ausdruck brachten: Das Attentat der Taliban auf die 14-jährige Malala Yousufzai, die organisierte Gewalt nach dem Muhammad-Film und die Blasphemie-Anklage gegen Rimsha Masih, ein 14-jähriges Mädchen mit Down-Syndrom. Die drei Fälle zeigen:

- Pakistan mangelt es weiterhin an Rechtsstaatlichkeit. Eigentlich verbotene Organisationen dürfen frei agieren. Die Exekutive lässt sich sowohl von der Oberschicht (Einfluss mächtiger Einzelpersonen) als auch von der Unterschicht (bei Auftreten als Mob) zur Aufgabe von rechtsstaatlichen Positionen bringen.

- Die politische Führung vermeidet weiterhin jegliche Konfrontation mit dem gesellschaftlichen Problem des islamistischen Extremismus. Sie versucht zu beschwichtigen, auszusitzen und Stimmungen für sich zu nutzen. Damit lässt sie Extremisten, ihre Sympathisanten und ihre aktiven Unterstützer in der Gesellschaft *de facto* frei gewähren.
- Trotz aller Gewöhnung an Terrorakte, Kriege und Drohnenangriffe gibt es Fälle, die das Maß des Erträglichen überschreiten. Dann ist ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft bereit, die Angst vor islamistischen Extremisten zu überwinden und aufzustehen. Die Reaktionen zeigen Wirkung: Noch nie fühlten sich die Taliban derart genötigt, sich zu rechtfertigen.
- Teile der Zivilgesellschaft protestierten bislang nur spontan gegen einzelne, schlimme Fälle von Extremismus. Eine organisierte Bewegung, die strukturelle Veränderungen fordert, hat sich noch nicht gebildet.
- Vor allem junge Menschen beginnen sich zu engagieren. Sie wollen, so wie alle Jugendliche, ein selbstbestimmtes Leben führen, ihre Chancen nutzen. Und sie wollen stolz auf ihr Land sein. Sie wollen kein Pakistan mit Terrorismus-Stigma.
- Bislang nahmen Extremisten mit einer Mischung aus Einschüchterung und Propaganda signifikanten Einfluss auf Staat und Gesellschaft. Ihr Einfluss könnte – abhängig von weiteren Aktionen der Bevölkerung – abnehmen. Einen Teil der Unterstützung haben die Extremisten bereits durch Angriffe auf staatliche Einrichtungen verspielt, vor allem beim Militär.

Die Öffentlichkeit ist empört über das Malala-Attentat

Anfang Oktober erregte der Mordversuch von zwei Anhängern der Taliban an der 14-jährigen Malala Yousufzai nationales und internationales Aufsehen. Die Paschtunin aus dem Swat-Tal war durch ihre Blogbeiträge über die Talibanbe-

setzung des vormaligen Tourismusgebietes bekannt geworden. Sie hatte sich für Mädchenbildung bei den zumeist konservativen Paschtunen eingesetzt. Malala überlebte und wurde zur ärztlichen Behandlung ins Ausland geflogen. Als das Attentat bekannt wurde, empörte sich die pakistanische Öffentlichkeit. Politiker sprangen auf den Zug auf und boten Übernahme der medizinischen Behandlungskosten, sei es der Präsident Asif Ali Zardari oder der populäre ehemalige Kricketspieler und Parteigründer Imran Khan. Von Angelina Jolie über Barak Obama und Madonna bis Ban Ki Moon reichten die internationalen Verurteilungen. Bislang hatte noch kein Fall solche Einmütigkeit hervorgerufen.

Die Taliban gerieten in Bedrängnis und veröffentlichten ihre bislang längste Verteidigungsaussage. Auf sechs Seiten erklärten sie, warum das Mädchen ihrer Meinung nach sterben müsse. Erstens sei sie volljährig und damit strafbar. Zweitens sei sie eine Frau, die zwar grundsätzlich im Islam und nach paschtunischer Tradition geschützt sei, sich jedoch gegen die Scharia versündigt habe. Damit besteihe sogar die Pflicht für das Attentat. Drittens sei die junge Bloggerin eine Spionin, die Geheimnisse über die *Mujahidin* und die Taliban gegenüber der BBC enthüllt habe. Dafür habe sie Belohnungen und Auszeichnungen von „Zionisten“ erhalten.

In ihrer Stellungnahme versuchen die Extremisten, die Inhalte der Proteste gegen den Mordversuch umzudeuten – es ging um ein



Mädchenbildung – diesjähriges Motto
des SPARC Kalenders (Foto Olaf Kellerhoff)

Attentat auf ein Kind und um den Einsatz für Bildung. Unter denjenigen, die gegen das Attentat protestierten, waren auch Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, darunter die Kinderrechtsorganisation SPARC.

Der Staat ermöglicht Massenprotest

Drei Wochen vor dem Attentat auf die 14-jährige Malala hatte der Film „Innocence of Muslims“ eines amerikanischen Christen zu Demonstrationen von Muslimen in mehreren Staaten geführt. Der Film stellt den Propheten Muhammad als blutrünstigen und sexhungrigen Kinderschänder dar. Auch in Pakistan gingen Menschen aus Protest auf die Straße. Zunächst demonstrierten in dem Land mit 180 Millionen Einwohnern in mehreren Städten insgesamt nur 6.000 Menschen, 1.000 davon laut Medienberichten in der 18-Millionen-Stadt Karachi. Solch geringe Zahlen sind normalerweise kaum einer Rede wert in Pakistan, wo bis zu 100.000 Menschen an Wahlkampfveranstaltungen teilnehmen. Waren die Proteste gegen den Muhammad-Film zu Beginn verhältnismäßig unbedeutend, so sahen mehrere Organisationen und Parteien dennoch die Chance, von der Stimmung zu profitieren. Sie wollten den Protest mit eigenen Themen besetzen und sich profilieren. Einige Gruppen, darunter auch verbotene wie die Jamiat ul-Dawa, die auf den UN- und US-Terrorlisten steht, organisierten größeren Protest. Sie karrten Anhänger mit Bussen an. Durch die Demonstrationen sollte in Wahrheit jedoch nicht in erster Linie die Weltöffentlichkeit angesprochen werden, sondern vor allem Pakistanis. Es ging um die hiesige Deutungshoheit des Islam. Keine Organisation wollte sich nach dem Erscheinen des Muhammad-Filmes nachsagen lassen, eine solche Schmähung des Islams tatenlos hinzunehmen. Je gewaltsamer das Protestauftreten, desto mehr Medienpräsenz war gewiss.

Die gefährliche Eigendynamik wurde vom Staat nicht gemildert sondern verstärkt: Die Polizei ließ gewaltsame Demonstranten ungestraft frei, die während der anfänglichen Proteste festge-

nommen worden waren. Somit war jedem neuen Demonstranten klar, dass er keine Strafverfolgung fürchten musste, was immer er auch anstellen mag. Zudem versuchte die Regierung, sich an die Spitze der Proteste zu setzen. Wahrscheinlich wollte sie Sympathie gewinnen im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Frühjahr. Die Regierung verurteilte den Film und blockierte YouTube, wo er zu sehen war. Außerdem wurde kurzfristig ein zusätzlicher Feiertag angekündigt, *Yaum-e Ishq-e Rasool*, den „Tag der Liebe zum Propheten“. Der Feiertag wurde auf einen Freitag gelegt, also auf den Wochentag, der traditionell ohnehin schon der Hauptprotesttag ist. Durch den Feiertag gab die Regierung jedem die Möglichkeit, an Protesten teilzunehmen. Das Ergebnis dieser Politik war ein „Tag der Liebe zum Propheten“ mit Massendemonstrationen, 23 Toten, 200 Verletzten, zerstörten Autos, geplünderten Geschäften, ausgebrannten Kinos und einer niedergebrannten Kirche in Mardan.

Die pakistanische Öffentlichkeit erschrak. Politik, Medien, die organisierte Zivilgesellschaft und viele Bürger reagierten mit betroffenen Äußerungen und kritisierten die Gewalt. Viele waren beschämt. Auch die pakistanischen Alumni der Internationalen Akademie für Führungskräfte der Naumann-Stiftung (FreedomGate Pakistan, FGP) verurteilten öffentlich die Gewalt. Bürger gründeten auf Facebook das „Project Cleanup for Peace“. Sie folgten dem Aufruf eines 23-Jährigen aus Islamabad und räumten verwüstete Straßen auf. Die Aktion sollte auch Pakistans Image helfen. Rund 100 Menschen kehrten in Islamabad Straßen, frischten Farbe an Bordsteinen auf und sammelten Müll ein. In Karachi halfen 40 Freiwillige, in Lahore 50. Andere Bürger sammelten Spenden für den Wiederaufbau der zerstörten Kirche. Ein Werkstattbesitzer ließ auf eigene Rechnung das Auto eines Ausländers reparieren, das während der Proteste stark beschädigt worden war. Die Zahl derjenigen, die an solchen Aktionen teilnahmen, war zwar relativ gering – aber endlich gab es öffentliche Reak-

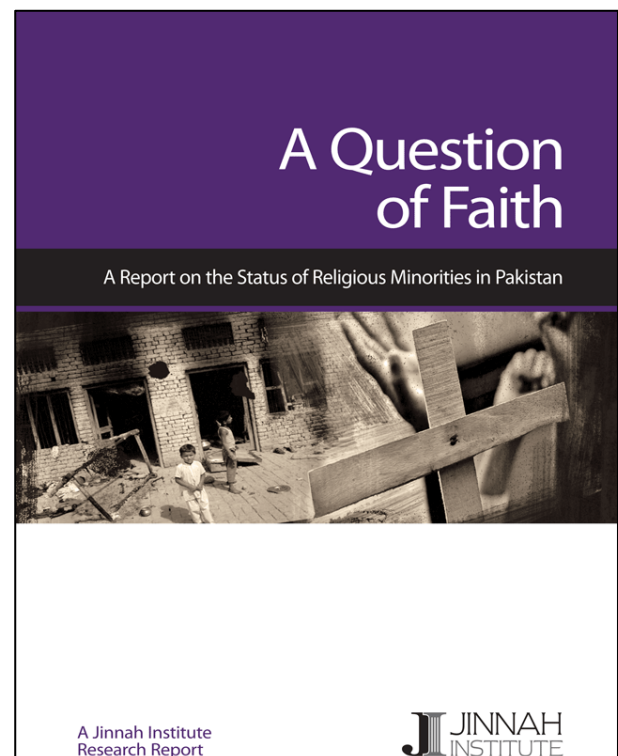
tionen aus der normalerweise schweigenden Mehrheit. In der Weltöffentlichkeit kam nicht diese positive Entwicklung an, sondern vielmehr das Kopfgeld von 100.000 US-Dollar, das Eisenbahnminister Ghulam Ahmed Bilour auf den Urheber des Films aussetzte. Bilour besitzt eines der zerstörten Kinos in Peshawar. Zwar distanzierten sich die Regierung und seine Partei von dem Minister, doch er durfte im Amt bleiben. Auch wurde keine Anklage gegen ihn erhoben. Geistliche, die im Fernsehen zum Mord aufrufen, werden ja auch nicht belangt.

Das Blasphemie-Gesetz als Waffe

Sehr wohl belangt wurde dagegen Rimsha Masih, ein 14-jähriges Mädchen mit Down-Syndrom, das im August verhaftet und der Blasphemie angeklagt worden war. Angeblich hatte sie Seiten des Korans verbrannt. Die Polizei musste das Mädchen, das der christlichen Minderheit angehört, vor einem aufgebrachten Mob schützen, der sie lynchen wollte. Verhaftung und Anklage folgte öffentlicher Protest, weil Rimsha minderjährig und behindert ist. Zudem stellte sich heraus, dass der Mann, der sie angezeigt, angebliche Beweismittel fingiert hatte. Es ist nicht klar, ob ein Nachbarschaftsstreit oder Vertuschung einer sexuellen Straftat der wahre Hintergrund der Anzeige war. Rimsha kam frei, der Mann wurde verhaftet. Allerdings kippten während des Verfahrens gegen ihn drei von vier Belastungszeugen um. Verteidiger drohten mit außergerichtlicher Gewalt: „Rimsha ist schuldig. Wenn der Staat die Gerichte außer Kraft setzt, dann wird Gott jemanden finden, der den Job erledigt.“ Das Mädchen muss bis heute versteckt werden. Der Prozess gegen den Mann dürfte, wie so viele, im Sande verlaufen. Noch nie wurde jemand wegen Falschanzeige schuldig gesprochen.

Zu Verurteilungen wegen Blasphemie kommt es dagegen regelmäßig. Das Gesetz stammt aus der britischen Kolonialzeit und wurde 1986 verschärft. Seitdem sind 1.400 Blasphemie-Anklagen erhoben worden. 52 Angeklagte wurden noch während ihres Gerichtsverfahrens

ermordet. 15 sind zum Tode verurteilt, aber noch nicht hingerichtet. Das Gesetz wird oft missbraucht, zum Beispiel um Nachbarstreitigkeiten zu lösen, um sich persönlich zu rächen und um Angehörige religiöser Minderheiten zu belangen. Insgesamt sind die meisten Anklagen jedoch gegen Muslime gerichtet. Allerdings werden in internationalen Medien meist die Fälle von Christen aufgegriffen. Als der Gouverneur der Provinz Punjab, Salman Taseer, sich für eine Änderung des Gesetzes einsetzte, wohlgermerkt nicht für die Abschaffung, wurde er im Januar 2011 ermordet. Das Gesetz antasten zu wollen, wird von Extremisten oft schon als Blasphemie angesehen. Wenig später wurde auch der damalige Minderheitenminister Shahbaz Bhatti, der ebenfalls eine Reform des Blasphemie-Gesetzes ange-regt hatte, von Unbekannten getötet. Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die sich ebenfalls für eine Änderung einsetzen, sind längst sehr viel vorsichtiger geworden.



Cover "A Question of Faith", eine qualitative Studie des FNF-Partners Jinnah-Institut, untersucht die Situation der religiösen Minderheiten in Pakistan

Die Fundamente des Staates werden angegriffen

Die Mischung aus Mangel an Rechtsstaatlichkeit, Arrangements mit Extremisten und Sympathisieren mit islamistischen Positionen hat zu einem Anwachsen von islamistischen und gewaltbereiten Gruppierungen geführt. Seitdem hat sich vor allem die Lage von Minderheiten verschlechtert. Die sektiererische Gewalt – auch die inner-islamische – hat zugenommen. Zudem haben erneut mehrere Hundert Hindus in diesem Jahr Pakistan verlassen.¹

Extremistische Gruppierungen akzeptieren die aktuelle Staatsform nicht. Vielmehr arbeiten sie auf einen Umsturz hin. Trotzdem vermeidet der Staat (mit Ausnahme von Militäroperationen in nördlichen Gebieten) eine polizeiliche und juristische Auseinandersetzung mit Extremisten. Ebenso vermieden wird ein gesellschaftlicher Diskurs über Extremismus und seine Ursachen. So arbeitet die Zeit für Extremisten – es sei denn, eine nicht mehr schweigende Mehrheit könnte ihnen jetzt nach dem Attentat auf die 14-jährige Malala die gesellschaftliche Basis entziehen. I.A. Rehman, der Direktor der FNF-Partnerorganisation Human Rights Commission of Pakistan (HRCP), sieht eine Chance: „Diejenigen, die Malala angegriffen haben verzweifeln nun aus Angst, dass die Toleranz des Volkes gegenüber ihren einschüchternden Praktiken und dem Missbrauch des Glaubens zu einem Ende kommen könnte. Nun müssten die Männer und Frauen von Pakistan den Beweis antreten, dass diese Ängste eine Basis in der Realität haben.“ Rehman, Pakistans Menschenrechts-Ikone, fordert auch politisches Handeln. Nötig sei eine „komplette Restrukturierung des Staates“, die im Einklang mit modernen, demokratischen Prinzipien stehen müsse. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet seit Jahren für demokratische Prinzipien. Partnerorganisationen treten für Reformen ein und erheben nun ihre Stimme.

Olaf Kellerhoff ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für Pakistan.

Impressum
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

¹ <http://www.dw.de/hindus-leave-pakistan-for-india-amid-claims-of-persecution/a-16165494>